Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 20 Ngr., durch die Post 22½ Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 22300 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Vogt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inseratenbureau Marienstraße 13 geöffnet Wochentags bis Abends 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Abends 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 1½ Ngr. „Eingesandt" die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen insertren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. 9 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr: 311. Achtzehnter Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, Freitag, 7. November 1873.

Politisches.

Der Schwerpunkt des preußischen Abgeordnetenhauses liegt in Zukunft bei den Liberalen, die sich in verschiedene Unterabtheilungen scheiden. Während das frühere Abgeordnetenhaus fast in zwei gleiche Theile zerfiel, deren einer die Conservativen verschiedener Färbung und die Ultramontanen bildete, während sich der andere aus Nationalliberalen und Fortschrittlern zusammensetzte, besteht das neue Abgeordnetenhaus überwiegend aus Liberalen. Diese, und neben ihnen die Ultramontanen, haben am meisten an Sitzen gewonnen, außerdem ging die Fortschrittspartei numerisch verstärkt aus den Urnen hervor, während die Conservativen aller Schattirungen die erheblichsten Einbußen an Sitzen erlitten. Für die preußische Regierung will das Letztere nicht so sehr viel besagen. Sie hat ihre Nationalliberalen so gut am Schnürchen, daß sie bei ihnen sicher die Unterstützung finden wird, die ihr bisher die Conservativen gewährten. Es ist im Ganzen die Regierungspolitik, der die wahlfähige Bevölkerung Preußens zum Wahlsiege verholfen hat. Gewiß würde die Genugthuung der Regierung über diesen Sieg stärker, die Freude der Nationalliberalen stürmischer sein, wenn nicht statt der gehofften Verminderung der Sitze der Ultramontanen eine Vermehrung derselben sich herausgestellt hätte. Verfügten sie bisher über 62 Stimmen, so gebieten sie nunmehr über 75, vielleicht über 80, und stellen in Verbindung mit den nur wenig geschwächten Polen einen Heerbann von 100 Stimmen her, der in der Hand gewiegter Führer wie Windhorst und Mallinckrodt auch als Minorität einen erheblichen Einfluß auf die Gesetzgebung Preußens ausüben wird. Zur Befriedigung gereicht es gewiß im nichtpreußischen Deutschland, daß die Partei des Stockpreußenthums, des Krautjunkerthums, das sosehr zur Entfremdung der Gemüther der Deutschen beigetragen hat, in den Wahlen aber gerade zu kläglich unterlegen ist.

Die „Nat.-Ztg." sieht mit der Wahl so vieler der ihrigen sehr glückliche Zeiten für Preußen kommen, wenn — die ihrigen ihre Kraft nicht überschätzten, d. h. wenn sie der Regierung keine Opposition machen, sondern als verschleierte Conservative die Regierungspolitik unterstützten. Daran werden sie's nicht fehlen lassen. Ganz eine Wuth ist die „Nat.-Z." über die Niederlage ihrer Candidaten in Berlin, das bekanntlich streng fortschrittlich wählte. Namentlich verschnupft sie die Niederlage des Ministers Falk, der, in der Provinz 6 Mal gewählt, in Berlin gegen den Fortschrittsmann Parisius, der 489 Stimmen erhielt, nur 207 Stimmen und seine eigne auf sich vereinigte. In Preußen wählt man bekanntlich nicht geheim und Dr. Falk wählte sich öffentlich selbst. Uebrigens schließt die „Nat.-Ztg." die heftige Polemik, in die sie während und wegen der Wahlen mit den Blättern der Fortschrittspartei verwickelt war, charakteristisch ab. Die „Nat.-Ztg." ist ein Blatt, das sich durch einen unglaublichen Hochmuth auszeichnet; sie war jetzt etwas tüchtig am Barte gezaust worden, und rächt sich nun für die „Ergüsse von wahrhaft amerikanischer Schamlosigkeit", denen sie ausgesetzt gewesen, durch den Ausspruch Heine's in jenen Ergüssen, wo „jedes Wort ein Nachttopf, aber kein leerer."

Dem deutschen Bundesrathe ist der Entwurf einer neuen Concursordnung vorgelegt worden. Man rühmt, wie dies bei allen Gesetzentwürfen Mode wird, die ein preußischer Rath ausarbeitet, die „Gediegenheit" des Werkes. Hoffentlich bewahrheitet sich dieses nationalliberale Lob. Bei den massenhaft ausbrechenden Concursen kommt dieser Entwurf recht zeitgemäß. Außerdem wird die Reichsregierung nunmehr in Ausführung des Art. 8 des Reichsmünzgesetzes mit der Außercoursesetzung der Landesgoldmünzen vorgehen, und zwar soll dieselbe mit dem 1. April 1874 eintreten, von welchem Tage Niemand mehr zur Annahme von solchen Goldmünzen verpflichtet ist. Bis zum 1. Juli sollen diese Goldmünzen eingezogen sein; von da nehmen sie die Landeskassen auch nicht mehr zur Umwechslung an. Preußische Friedrichsdor und kurhessische Pistolen gelten hierbei 17 Mark, die süddeutschen 10- und 5-Guldenstücke, die Dukaten, württembergische à 23 Gulden und 500 Kreuzerstücke werden nach Nennwerthe umgerechnet.

Mit Genugthuung verweilen die Augen der Oesterreicher auf dem Wiener Reichsrathe. Noch nie bot sich ihnen eine so vollzahlige Vertretung aller österreichischen Stämme und Nationalitäten. Nur die Böhmen und Mähren czechischer Zunge fehlen, sonst gelobten die Treue der Verfassung der resolutionistische, der föderalistische und der österreichisch angehauchte Pole, der sich bewußt werdende galizische Jude, der verfassungstreue Ruthene, der jungslovenische Verfechter der südslavischen Nationalideen, der dalmatinische Autonomist wie der dalmatinische Annexionist, der ultramontane Deutsche aus Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Steiermark, ebenso wie der liberale Welschtiroler und der Deutsche aus Böhmen, Mähren, Oesterreich und den gesegneten Alpenländern des Kaiserstaats. Es muß einen interessanten Anblick gewähren, dieses mit den mannichfaltigsten Typen gefüllte Abgeordnetenhaus, in dem in 6facher Sprache das Gelöbniß der Treue versichert wurde. „Nix daitsch" war übrigens das erste Wort im Abgeordnetenhause; der galizische Israelit Rubinstein erklärte, er könne den Alterspräsidium nicht führen, da er „Nix daitsch" verstünde.

Ein sehr zutreffendes Wort hat der Kaiser Oesterreichs gesprochen. Eine Deputation, geführt vom Bürgermeister Dr. Felder, erschien gestern beim Kaiser, um demselben Mittheilung davon zu machen, daß zur Erinnerung an das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum des Monarchen die Bürgerschaft Wiens eine wohlthätige Stiftung zu machen gedenke. Der Kaiser sollte entscheiden, welcher Natur diese Stiftung sein solle. „Ich meine", sagte der Monarch der Deputation, „daß angesichts der schwierigen Verhältnisse, mit welchen jetzt der Stand des Kleingewerbes in Wien zu kämpfen hat, diesem Stande die Stiftung zugewendet werden sollte." Hieraus spricht die Erkenntniß der Bedrängniß, in welche die erwerbende Thätigkeit des Bürgerstandes gerathen ist und zu deren Abhilfe jetzt Oesterreich verzweifelte Anstrengungen macht.

Die Ereignisse in Paris nehmen einen so beschleunigten Gang an, daß wir bezüglich der neuesten Phase auf die „Tagesgeschichte" verweisen müssen.

Locales und Sächsisches.

— Das „Dr. Journ." berichtet, daß König Albert auf die Ansprache des Bürgermeister Dr. Koch aus Leipzig — der wir bereits gedachten — ungefähr Folgendes geantwortet hat:

„Meine Herren, Ich danke ihnen für ihre Theilnahme. Die Stadt Leipzig hat allerdings Ursache, an unserem Schmerze Theil zu nehmen; Mein Vater hat stets für Leipzig das wärmste Interesse gehegt, ja Ich darf sagen, es war sein Stolz. Er freute sich stets seines Aufblühens, und besonders widmete er der tüchtigen straffen Selbstverwaltung Leipzigs seine volle Anerkennung. Diese Theilnahme für ihre Stadt, und diese Anerkennung ist, wie Ich versichern darf, auf Mich übergegangen. Der Bürgersinn ihrer Stadt hat so Viel aus sich selbst geschaffen, daß Ich wünschen möchte, ihre Selbstverwaltung diente anderen Gemeinden des Landes zum Vorbilde. Wenn Ich für Leipzig Etwas thun kann, so darf dasselbe, soweit Ich dabei mitzuwirken habe, auf Mich rechnen."

— Wie man aus Rom der Neuen freien Presse telegraphirt, hat der Papst an den König Albert von Sachsen ein Schreiben gerichtet.

— In der letzten Zeit vor seinem Tode hat sich bekanntlich König Johann die Einsamkeit schlafloser Nächte dadurch zu verscheuchen getrachtet, daß er sich von seiner Umgebung vorlesen ließ. Diese Lektüre war, wie man uns erzählt, eine höchst mannichfaltige und gestattet einen Rückschluß auf die Vielseitigkeit seines Geistes und den Reichthum seines Wissens. Auf speziellen Wunsch des leidenden Königs wurden ihm vorgelesen Stücke lateinischer Schriftsteller, unter anderem der Kirchenväter, italienische Classiker, Autoren der classischen Literatur der Franzosen, Miltons verlornes Paradies und Shakespeare's Sonnette, sämmtlich in der Ursprache; ferner deutsche Classiker und mit Vorliebe Vossens Uebersetzung von Homer's Ilias und Odyssee. Ganz besonders ergriffen war König Johann von einzelnen Partieen seiner eignen Memoiren, nach denen er in einer besonders schmerzlichen Nacht Verlangen trug, die bis in die früheste Jugendzeit zurückreichten und unter Anderem die Eindrücke lebhaft schildern, die am sächsischen Hofe die Kunde von der Schlacht von Jena, bei der bekanntlich Sachsen und Preußen verbunden kämpften, gemacht hätte. Diesen Theil seiner Denkwürdigkeiten hat König Johann schon vor geraumer Zeit geschrieben und er frischte bei der Lektüre längst vergangene Zeiten lebhaft auf. Auch über die Leipziger Ereignisse, den Maiaufstand, die Zeit des Frankfurter Fürstencongresses, 1866 und 1870 sollen jene Denkwürdigkeiten höchst werthvolles historisches Detail bieten und nicht minder durch Schilderungen seiner Verheirathung mit der damaligen bairischen Prinzessin Amalie, seinen italienischen Reisen, seines Familienlebens als Vater einer zahlreichen Familie reich belohnte Blicke in ein tiefinniges Gemüth gewähren, wie sie auch dem Ernste, mit dem er als Prinz an den Berathungen der Stände theilnahm und mit dem er sich als König den Regierungsgeschäften widmete, ein glänzendes Zeugniß der Pflichttreue ausstellen.

— Seit vorgestern ist der k. pr. Staatsminister General-Feldmarschall Graf Roon in Dresden aufhältlich und im Hotel Bellevue wohnhaft. Man bringt seine hiesige Anwesenheit mit der definitiven Besetzung des Commandos über das königl. sächsische Armeecorps in Verbindung.

— Eingeführt durch die obersten Hofchargen hatten gestern Mittag 12 Uhr die Mitglieder des Landtags die Ehre, in corpore Sr. Majestät dem Könige Albert die Glückwünsche des Landtags zu seiner Thronbesteigung darzubringen. Nachdem die Landstände einen dichten Kreis um den König gebildet, trat der Präsident der 1. Kammer, v. Zehmen, vor und sprach die Hoffnung aus, daß der König die Glückwünsche des Landtags zu seinem Regierungsantritte freundlich entgegennehmen werde. Der Redner gelobte dieselbe Treue, mit der die Stände dem König Johann zugethan, auch dem König Albert und wünschte diesem ebenso ein langes glückliches Leben, als eine lange glückliche Regierung. Se. Majestät der König trat den Ständen näher und sprach sichtlich ergriffen mit lauter Stimme: „So schmerzlich es mich berührt, meine Herren, Sie so bald und unter so ganz veränderten Verhältnissen um mich zu sehen, so sehe ich es doch als ein günstiges Omen für meine Regierung an, daß die Stände des Landes die Ersten sind, welche gekommen sind, mich zu begrüßen und mir das Glück zu wünschen, welches ich so nothwendig zu meiner Regierung bedarf." Hierauf wurden die neueingetretenen Mitglieder Sr. Majestät vorgestellt. Der König unterhielt sich dann längere Zeit mit den einzelnen Abgeordneten auf's Huldreichste.

— Vom Landtage. Ehe die 2. Kammer am Mittwoch zur Frage der Gehaltserhöhungen der Staatsdiener gelangte, referirte Abg. Petri über die bereits mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung, Erhöhung der Advocatentaxe betr. Abg. Barth-Stenn rügt die Einseitigkeit des Petrischen Berichts, der Nichts darüber enthalte, daß das Volk, die Steuerzahler, in Zukunft erhöhte Advocatenkosten zahlen sollten. Es ginge aber zu weit, wenn einzelne Sätze um 100, 200 sa 600% erhöht werden sollten. Eine Besprechung mit einem Advocaten soll von ⅓—1 Thlr. auf ½—2 Thlr. steigen, die Zehrungskosten von 2⅔ auf 7 Thlr. pro Tag, die Advocatenkosten bei einem Concurse aber sollten so steigen, daß der Gläubiger beim Concurse der Leipziger Hypothekenversicherungs-Anstalt, der jetzt 8000 Thlr. liquidire, in Zukunft gu 70,000 Thlr. liquidiren könne. (Bewegung). Da müßten die so schon um ihr Geld gebrachten Gläubiger noch 60,000 Thlr. mehr an Advocatenkosten verlieren. Das sei um so härter, als jetzt die Concurse von Actiengesellschaften Mode seien und in die Millionen gingen. (Heiterkeit). Die Regierung scheine zu denken, wer einmal soviel einbüße, könne noch Zehntausende an Advocatenporteln einbüßen. (Heiterkeit). Das sei ein ganz falscher Standpunkt. Abg. Hartwig fürchtet, daß diese Erhöhung der Advocatentaxe noch mehr dazu beitrüge, daß junge Juristen den Staatsdienst verließen. Lieber stimme er einer Erhöhung der Staatsdienergehalte, als der Advocatentaxe bei. Dr. Günsel meint, die neue Taxe sei nur ein Provisorium; der Justizminister Abeken bemerkt, daß der Landtag selbst auf eine solche Erhöhung angetragen. Uebrigens habe es der Concursrichter in der Hand, vor Ertheilung der cura an einen Sachwalter mit ihm eine Vereinbarung zu treffen, daß er nur innerhalb gewisser Schranken liquidire; auch würde nunmehr den Prozessen vorgebeugt, die bisher auf Kosten der Concursgläubiger so oft geführt wurden. Ref. Petri fügt hinzu, daß die Sätze der Advocatentaxe bisher notorisch zu niedrig gewesen. Eine raschere Abwickelung der Concurse würde erreicht und es trete nicht mehr soviel Zinsenverlust für die Gläubiger ein. — Die Kammer stimmt gegen 2 Stimmen der erhöhten Advocatentaxe bei. — Die Debatte über die Erhöhung der Staatsdienergehalte leitet Ref. Oehmichen ein mit dem Deputationsantrage: Die Kammer wolle der allgemeinen Aufbesserung der sämmtlichen Staatsdienergehalte und Löhne bis zur postulirten Höhe, vorbehältlich der Prüfung jedes einzelnen Postens, zustimmen. Er fügt hinzu, daß in den letzten Tagen der Deputation sehr detaillirte Personal-Etats zugegangen seien, die eine gründliche Prüfung ermöglichten. Gegen die scalamäßige Aufbesserung der Gehalte sei man fast allseitig, da diese nur neue Ungerechtigkeiten und bittere Klagen erzeugen würde. Abg. Beck hält zwar eine Gehaltserhöhung zur Belebung der Pflichttreue, Gewährung von Berufsfreudigkeit und zum Schutze gegen Bestechlichkeit für nothwendig, aber nicht die Erhöhung, wie sie die Regierung vorschlägt. Dieser Vorschlag gebe den niederen Beamten oft viel zu wenig und begünstige oft in ungerechter Weise die schon jetzt hohen Gehalte. Die Assessoren und Referendare z. B. kämen viel zu schlecht weg, vielzugut aber die Amtshauptleute u. s. w. Man solle zunächst keine bleibenden Erhöhungen geben, denn nicht sicher sei es, ob der Staat aus Eisenbahnen und der Gewerbesteuer fortgesetzt so steigende Einnahmen beziehen würde wie seither. Infolge des Börsenkrachs sei ohnehin die Steuerkraft der Gewerbetreibenden geschwächt. Daher wolle er nur Gehaltserhöhungen in Form von provisorischen Theuerungszulagen (diese aber scalamäßig) gewähren, erst der nächste Landtag werde unter normaleren wirthschaftlichen Verhältnissen als jetzt definitiv die Gehaltsfrage entscheiden. — Abg. Fahnauer malt mit dicken Strichen, von denen einzelne auf der Linken Beifall finden, ein Bild grau in schwarz von den sächsischen Finanzen, um schließlich zu erklären: Ich bewillige Nichts für die Staatsdiener. Das vierte Mal seit 1858 sollten jetzt die Gehalte erhöht werden, diesmal um 1,576,000 Thlr. Immer schütze die Regierung die Lebensmittelsteigerung vor und doch trage ein ungünstiges Jahr, das die Landwirthschaft erfahren, mit Schuld (Staunen rechts); alle Bevölkerungsklassen litten jetzt. Um die Gehaltserhöhungen zu ermöglichen, lasse der Finanzminister das Budget im rosigsten Lichte erscheinen; so entnehme er 500,000 Thlr. dem Eisenbahnerneuerungsfond, wogegen er sich bisher immer gesträubt habe, alle Einnahmequellen seien übermäßig in die Höhe gezogen ins Budget gestellt; so gebe namentlich die Porzellanmanufactur, die vor wenigen Jahren kaum die Anlagekosten deckte, enorme Ueberschüsse, die Hofapotheke solle sogar 50 Thlr. mehr geben, obwohl sie in 2 Jahren hinter dem Anschlage um 2000 Thlr. zurückgeblieben sei. Und doch stünde man angesichts der großartigen militärischen Rüstungen vermuthlich bald vor einem neuen Kriege (Staunen), wobei alle Staatseinnahmen zurückgingen. Sachsen solle jetzt 1 Million mehr jährlich zur Staatsschuldenverzinsung und Tilgung beitragen, es müßte bald seine 9½ Millionen Kassendefiziten einlösen und für die bevorstehende Erhöhung des Militär-Etats jährlich 1,800,000 Thlr. beitragen. Also, rechnet Fahnauer aus, bleiben im ordentlichen Budget 2,140,000 Thlr. Ausgabe unbedeckt und die Steuern müssen wegen der Beamtengehaltserhöhung um ⅖ erhöht werden. Statt die Beamten zu vermindern, enthalte das Budget 4 neue Kreishauptleute, 15 neue Amtshauptleute, 15 neue Kreisobergensdarmen, 100 neue Gensdarmen und 30 Bezirksschulinspectoren und was sonst noch drum und dran hänge. (Heiterkeit). Und wie seien die Erhöhungen gefordert? Posten, zu denen bloße Körperkraft oder Schreibfertigkeit gehörte, wie Gerichtsdiener und Expedienten, sollten sich besser stehen als mancher Schullehrer und Geistlicher. Jetzt befänden sich die Staatsdiener mit ihren gesicherten Einnahmen und ihrer Pensionsberechtigung besser als viele Gewerbtreibende. Daher beantrage er mit Abg. Philipp: Von der Gehaltserhöhung für diese Finanzperiode abzusehen, die Gehalte nur wie seither zu bewilligen und bloß die Gehalte der niederen Eisenbahnbeamten und die Löhne soweit nöthig zu erhöhen. (Forts. folgt.)

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten den 5. November. Der Vorsitzende, Herr Hofrath Ackermann, berichtet zunächst über ein Condolenzschreiben an Ihre Majestät den Königin Mutter, Seitens des Raths und der Stadtverordneten abgesandt und über die schon von uns erwähnte Begrüßungsaudienz in Pillnitz, gelegentlich welcher der König in längerer Unterredung sich dahin ausgesprochen habe, daß er jederzeit mit Liebe seiner Vaterstadt Dresden zugethan sein und das Wohl derselben alleseit fördern werde. Zur feierlichen Einführung des neuen Gerichtsraths Rüger in sein Amt, welche am 3. ds. stattfand, waren als Deputation des Collegiums die Herren Stadtv. Bley, Christophani und Friedrich erwählt und haben ihr beigewohnt. Ueber vier Neuwahlen zu einzelnen Deputationen wird berichtet und dieselben mittelst Acclamation bestätigt. — Das Collegium erklärt sich mit der Ueberlassung einer an der Parkstraße gelegenen Streifen Communlandes an den Bauverein „Großer Garten" gegen die Kaufsumme von 350[illegible] Thlr. unter den Bedingungen einverstanden, daß sich der Verein für sich und seine Besitznachfolger allen Abfadenverpflichtungen unterwirft, welche den Besitzern von an städtischen Straßen gelegenen Grundstücken nach der Stadtverfassung obliegen und die auf das verkaufte Stück fallenden Kosten für Straßenbau ꝛc. übernimmt, ferner genehmigt es, daß die Schleußenbauten von der Palmstraße bis zur Reinhardtstraße, sowie von der Mittelstraße bis zur Grünestraße dem Maurermeister Lotze übergeben werden. Derselbe hat die Mindestforderung gestellt, wonach diese Schleußenbauten 7180 Thlr. kosten werden. — Dem vom Stadtrathe gemachten Vorschlage, die Abgabenhebestelle von der Schillerstraße nach der Ecke der Radeberger und Bautzner Chaussee zu verlegen, stimmt das Collegium bei, genehmigt auch den Pachtabschluß mit dem königl. Finanzministerium gegen jährlich 14 Thlr. Pachtzins und zur Errichtung des neuen Einnehmerhauses die veranschlagte Bausumme von 2200 Thlr.; bewilligt auch ferner eine Bausumme von 3264 Thlr. zur Erbauung und Einrichtung eines Betriebsgebäudes in dem städtischen Steinbruche zu Ottzschen. — Es macht sich ein Tausch beziehendlich ein Kauf zwischen der Commune und der Dresdner Bauzgesellschaft über ein zwischen der Tieck- und Melanchthonstraße bei, an der Kurfürstenstraße gelegenes Areal nöthig; es ist darüber schon früher im Collegium gesprochen worden und heute wird die Mitvollziehung der betreffenden Vorträge beschlossen. — Hinsichtlich der Bebauung des Terrains zwischen Löbtauerstraße und der Weißeritz theilt man die Ansicht des Stadtrathes und sieht von Aufstellung eines besonderen Regulativs ab. Wegen der Unterführung der Löbnitzstraße faßt man bei der Mittheilung des Stadtrathes Beruhigung, die sich für Unterführung, gegenüber dem neuerlichen Wunsche, den Eisenbahnübergang an der